

Titel der Drucksache:

**Neue Gewerbegebiete für attraktive
Arbeitsplätze**

Drucksache

0319/13

Stadtrat

Entscheidungsvorlage

öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Stadtrat	24.04.2013	öffentlich	Entscheidung

Beschlussvorschlag

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zusätzlich zu den derzeit ausgewiesenen Gewerbegebieten, Aufstellungsbeschlüsse für neue Gewerbeflächen dem Stadtrat vorzulegen. Vorrangig soll die Ansiedlung von Industrie- und Hochtechnologieunternehmen ermöglicht werden. Die Ansiedlung von Logistik- und Einzelhandelsbetrieben sowie Vergnügungsstätten soll weitestgehend ausgeschlossen sein.
2. Die neuen Gewerbegebiete sollen auch Großansiedlungen (über 5 ha) ermöglichen. Es sollen Unternehmen verschiedener Branchen attraktive Standortbedingungen geboten werden.
3. In die Betrachtung sollen Industriebranchen einbezogen werden.
4. Die Untersuchung soll dem Ausschuss für StU in seiner Sitzung im September vorgestellt werden.

, gez.

Datum, Unterschrift

Nachhaltigkeitscontrolling	Nein	Ja, siehe Anlage	Demografisches Controlling	Nein	Ja, siehe Anlage
Finanzielle Auswirkungen	Nein	Ja	Nutzen/Einsparung	Nein	Ja, siehe Sachverhalt
		↓	Personal- und Sachkosten (in EUR) / Personalkosteneinsparung (in VbE)		
Deckung im Haushalt	Nein	Ja	Gesamtkosten	EUR	
↓					
	2013	2014	2015	2016	
Verwaltungshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR	
Verwaltungshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR	
Vermögenshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR	
Vermögenshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR	
Deckung siehe Entscheidungsvorschlag					

Fristwahrung
Ja
Nein

Anlagenverzeichnis

Sachverhalt
Von den 527,9 ha in den nach 1990 neu erschlossenen Gewerbegebieten sind 410 ha verkauft bzw. verpachtet (77%), 55 ha optioniert (11%) und lediglich 63 ha frei (12%). Hinzu kommt, dass keine größeren zusammenhängenden Flächen über 5 ha mehr zur Verfügung stehen. Der B-Plan URB 638 „Technologie- und Gewerbepark nördlich der Straße Am Herrenberg“ erweist sich als konfliktbeladen (Kaltluftzufuhr, hoher Bodenwert, Nähe zur vorhandenen Wohnbebauung) und stößt auf Widerstand der Bevölkerung. Es müssen daher dringend auch Alternativstandorte untersucht werden. Es darf in Erfurt nicht zur Abweisung von potentiellen Investoren kommen.